

Österreich

Paul Luif / Florian Trauner

Die Politik verlief in Österreich ruhig, insbesondere gab es keine bedeutsamen Wahlbewegungen. Offensichtlich bereiten sich die Parteien für die im Jahr 2013 geplanten Nationalratswahlen vor.

Die Causa Golowatow

Am Nachmittag des 14. Juli 2011 wurde der Russe Michail Golowatow auf dem Flughafen Wien-Schwechat festgehalten und dann, trotz eines von Litauen ausgestellten Europäischen Haftbefehls, nicht einmal 24 Stunden später wieder freigelassen. Als unmittelbare Begründung wurde angegeben, dass der Tatverdacht gegen Golowatow im Europäischen Haftbefehl nicht ausreichend formuliert gewesen sei. Die litauischen Behörden hätten die Vorwürfe nicht konkretisieren können.

Der Fall löste eine diplomatische Krise aus. Am 18. Juli 2011 berief Litauen seinen Botschafter in Österreich zurück. Dem österreichischen Geschäftsträger in Vilnius überreichte die litauische Vizeaußenministerin eine Protestnote. Der litauische Außenminister sandte mit seinen estnischen und lettischen Kollegen einen Protestbrief an die EU-Justizkommissarin Viviane Reding.¹ Nach Aussagen der litauischen Behörden war Golowatow als KGB-Oberst und Kommandant der Spezialeinheit „Alpha“ einer der Hauptverantwortlichen für die versuchte Erstürmung des Fernsehturms in der litauischen Hauptstadt Vilnius am 13. Januar 1991, bei der 14 Menschen starben.²

Der litauische Justizminister meinte, dass Österreich Ausreden suchen würde und mehr an den Rechten Golowatows interessiert sei als an seinen Verbrechen. Die österreichische Justiz hatte argumentiert, dass der Europäische Haftbefehl in diesem Fall nicht anzuwenden gewesen sei – weil die Vorwürfe gegen Golowatow aus dem Jahr 1991 stammten, die Bestimmungen zum EU-Haftbefehl in Österreich aber erst bei Straftaten nach dem Jahr 2002 angewendet werden.³ EU-Justizkommissarin Viviane Reding bestätigte die formalrechtliche Konformität des österreichischen Handelns, was von Litauen kritisiert wurde.⁴

Es stellte sich heraus, dass der russische Botschafter in Wien am Abend des 14. Juli 2011, nach der Festnahme, bei Golowatow am Flughafen Wien-Schwechat war. Nach einer Absprache der österreichischen Innen-, Außen- und Justizministerien sollte Litauen bis spätestens 14 Uhr, 15. Juli 2011, weitere Informationen geben; es war offensichtlich klar, dass dies nicht zu schaffen war.⁵ Ex-KGB-Offizier Golowatow meldete sich nach sei-

1 Baltic fury over Austria's release of ex-Soviet officer, BBC, 19.7.2011, <http://www.bbc.co.uk/news/world-europe-14202371>.

2 Jutta Sommerbauer/Eduard Steiner/Oliver Grimm/Christian Ultsch, Proteste in KGB-Affäre: „Schande“ über Österreich, in: Die Presse, 19.7.2011.

3 Nicholas Bukovec, Russen intervenierten mit Erfolg. Affäre Golowatow: Nach massivem Drängen des Botschafters um drei Uhr früh piff das Justizministerium die eigenen Leute zurück, in: Kurier, 26.7.2011.

4 Diplomatischer Eklat beschäftigt EU-Kommission. Der Fall „Golowatow“: Österreichs Justiz erneut im Zwielficht, EurActiv.de, 20.7.2011, <http://www.euractiv.de/globales-europa/artikel/abermals-schiefes-licht-auf-sterreichs-justiz-005119>; siehe auch Valentina Pop, Justice commissioner backs Austria in KGB row with Lithuania, EU-Observer, 20.7.2011, <http://euobserver.com/justice/32642>.

ner Freilassung in einem Interview mit der russischen Nachrichtenagentur Ria Nowosti zu Wort. Er berichtete, der russische Botschafter sei bis fünf Uhr früh am Flughafen geblieben. Aus dem Interview war zu schließen, dass der Einmischungsversuch der Russen beträchtlich gewesen sein muss.⁶

Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) wollte sich für die Affäre um den freigelassenen Ex-KGB-Offizier nicht bei Litauen entschuldigen. Es habe nämlich „in Österreich eine unabhängige Behörde unabhängig entschieden“. Justizministerin Beatrix Karl (ÖVP) vereinbarte mit Litauen eine bilaterale Arbeitsgruppe zur Aufarbeitung des Falls.⁷ Nach Estland und Lettland sowie Polen und Tschechien erklärte sich auch Bulgarien solidarisch mit Litauen.⁸

Litauen war mit dem Ergebnis der Arbeitsgruppe nicht restlos zufrieden. Der litauische Vize-Justizminister sagte zum Ergebnis, dass Österreich von Litauen gestellte Schlüsselfragen nicht beantwortet hätte. Ende September 2011 hielten dann Litauen und Österreich in einer gemeinsamen Erklärung fest, dass sie die Zusammenarbeit ausbauen wollen. Nach Justizministerin Karl wurde damit ein „ganz wichtigen Schritt gesetzt“. Ihr litauischer Amtskollege Remigijus Simaris war nicht so euphorisch, sah aber die gemeinsame Erklärung positiv. EU-Justizkommissarin Viviane Reding äußerte ebenfalls ihre Zufriedenheit über die „konstruktive Zusammenarbeit zwischen Österreich und Litauen“.⁹

Rechtsfragen

Am 21. Dezember 2011 hob der EuGH erneut ein sektorales LKW-Fahrverbot auf der Inntalautobahn in Tirol auf. Das Fahrverbot für Lastkraftwagen, die bestimmte Güter befördern, sei mit dem in der EU geltenden freien Warenverkehr nicht vereinbar. Solche Fahrverbote auf Teilen der Inntalautobahn waren vom EuGH bereits 2005 für EU-rechtswidrig erklärt worden. Das Transitforum Austria-Tirol kritisierte den EuGH wegen der Aufhebung des sektoralen LKW-Fahrverbots als „willfährigen Handlanger einer aus den Fugen geratenen EU“.¹⁰

Im Januar 2012 übernahm der Verwaltungsgerichtshof ein Urteil des EuGH, wonach wegen des Assoziationsabkommens der EU mit der Türkei die Fremdenrechtsgesetze seit dem EU-Beitritt Österreichs bei türkischen Staatsbürgern nicht angewendet werden dürfen. Das bedeutet etwa, dass jene Türken, die im Rahmen eines Familiennachzugs nach Österreich kommen, weder vor noch nach der Einreise Deutschkenntnisse nachweisen müssen. Auflagen bezüglich des Nachweises einer Unterkunft sowie eines sicheren Einkommens entfallen. Mit Ausnahme der Grünen kritisierten österreichische Politiker diese Urteile; das sei keine gute Nachricht für Österreich, meinte Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP). Dennoch werden sie umgesetzt.¹¹

5 Nicholas Bukovec/Philipp Hacker, Causa Golowatow: Finnern und Tschechen schauen weg, in: Kurier, 22.7.2011. Die Autoren bezogen sich auf Informationen des Grünen Nationalratsabgeordneten Peter Pilz. Hingewiesen wird auch, dass Golowatow sein Visum für den Schengen-Raum (gültig bis Ende 2011) von Finnland im Jahr 2009 erhielt, bevor im Oktober 2010 der Europäische Haftbefehl gegen ihn ausgestellt wurde. Seit Oktober 2010 war er fünf Mal nach Finnland eingereist, zwei Mal nach Tschechien und ein Mal nach Zypern.

6 Jutta Sommerbauer/Eduard Steiner, Fall Golowatow: Leisteten Behörden „Fluchthilfe“?, in: Die Presse, 22.7.2011.

7 Faymann entschuldigt sich nicht bei Litauen, in: Kurier, 23.7.2011.

8 Fall Golowatow: Schützenhilfe für Litauen, in: Die Presse, 3.8.2011.

9 Causa Golowatow für Karl geklärt, in: DiePresse.com, 23.9.2011.

10 Tirol: EU-Gericht kippt sektorales Lkw-Fahrverbot, in: DiePresse.com, 21.12.2011.

11 Clara Akinyosoye, Verhärtete Fronten nach Aufhebung der Deutschpflicht, in: Die Presse, 2.5.2012.

Im April 2012 bestätigte die EU-Kommission den slowenischen Antrag auf Anerkennung des Namens „Krainger Wurst“ als geschützte Herkunftsbezeichnung. Das österreichische Patentamt erklärte, die Annahme der slowenischen Forderung würde das Ende der Bezeichnung wie „Krainger“ oder „Käsekrainer“ für populäre österreichische Wurstsorten bedeuten. Die heimischen Produzenten befürchteten einen erheblichen Absatzverlust und große Umstellungskosten.¹² Mitte Juni 2012 wurde schließlich ein Kompromiss zwischen den Landwirtschaftsministern Österreichs und Sloweniens erzielt. Slowenien erklärte sich bereit, seine landestypische Bezeichnung „Kranjska Klobasa“ als geografisch geschützte Angabe eintragen zu lassen. Es wurde akzeptiert, dass Österreich die deutschsprachige Bezeichnung „Krainger bzw. Käsekrainer“ beibehalten kann.¹³

Der österreichische Verfassungsgerichtshof (VfGH) traf im Mai 2012 eine richtungsweisende Grundsatzentscheidung. In Verfahren, in denen EU-Recht eine Rolle spielt, gelten nun die Bestimmungen der EU-Grundrechtecharta als verfassungsrechtlich gewährleistete Rechte und können beim Höchstgericht eingeklagt werden. Den Verfassungsrichtern dienen sie als Prüfungsmaßstab, etwa für neue Gesetze in Österreich.¹⁴

Personalfragen

Zu den 17 im Dezember 2011 aufgrund des Lissabon-Vertrags neu bestellten Abgeordneten des Europäischen Parlaments zählten die Österreicher Josef Weidenholzer (SPÖ) und Ewald Stadler (BZÖ). Bei der Plenarsitzung des im Januar 2012 wurde Othmar Karas (ÖVP) zu einem der vierzehn Vizepräsidenten gewählt; Hannes Swoboda (SPÖ) wurde neuer Vorsitzender der Fraktion S&D.¹⁵

Bankgeheimnis

Österreich und Luxemburg müssen den automatischen Informationsaustausch zu Bankdaten einführen, wenn die EU mit der Schweiz, Liechtenstein, Andorra, San Marino und Monaco Abkommen über die Auskunftserteilung nach OECD-Standards geschlossen hat. Um dies zu verhindern, blockieren die zwei Staaten ein Verhandlungsmandat.¹⁶ Zusätzlich hat Österreich mit der Schweiz im Frühjahr 2012 ein bilaterales Steuerabkommen abgeschlossen, wodurch in der Schweiz geparktes Schwarzgeld mit einer „Abgeltungssteuer“ besteuert wird.¹⁷ Als am 15. Mai 2012 Österreich (und Luxemburg) wieder das Verhandlungsmandat blockierten, fielen von Seiten der Kommission und der dänischen EU-Präsidenschaft Worte wie „completely unjustifiable ... grossly unfair ... a mystery“.¹⁸ Finanzministerin Fekter betonte hingegen, dass Österreich „dem automatischen Informationsaustausch unter gar keinen Umständen zustimmen und auch kein Mandat erteilen [werde]“.¹⁹

12 Wurst-Streit: „Lassen uns die Krainger nicht verbieten“, in: DiePresse.com, 12.4.2012. „Krainger“ war ein Habsburger Kronland, das nach 1918 Teil Sloweniens wurde, Wolfgang Böhm, Der Kampf um die Käsekrainer beginnt, in: Die Presse, 13.4.2012.

13 Streit beendet: Käsekrainer bleibt Käsekrainer, in: DiePresse.com, 15.6.2012.

14 VfGH: EU-Grundrechtecharta hat Verfassungsrang, in: DiePresse.com, 4.5.2012.

15 Informationen der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik.

16 „Herr Kommissar, sind Sie verrückt?“. Der EU-Steuerkommissar Algirdas Semeta nimmt Österreich und Luxemburg in die Pflicht, in: Die Presse, 3.2.2012.

17 Herbert Vytiska, Wien verhandelt Abgeltungssteuer für in der Schweiz geparktes Schwarzgeld: EU will keinen Alleingang Österreichs, EurActiv.de, 8.3.2012, <http://www.euractiv.de/oesterreich/artikel/eu-will-keinen-alleingang-sterreichs-006068>.

18 Andrew Rettman, Tax commissioner lets rip against Austria and Luxembourg, EU-Observer, 16.5.2012

19 Fekter zu Bankgeheimnis: „Ich werde standhalten“, in: DiePresse.com, 15.5.2012.

Die Euro-Krise

Zum Eurorettungsschirm ESM stellten SPÖ, ÖVP und die oppositionellen Grünen am 14. Juni 2012 einen gemeinsamen Antrag mit der Bestimmung, dass der Nationalrat mit einfacher Mehrheit die Finanzministerin in Sachen ESM binden könne. Die Opposition von FPÖ und BZÖ meinte hingegen, das Parlament würde beim ESM nur noch peripher mitentscheiden können – in zwei ständigen Unterausschüssen zum Budgetausschuss. Die eigentliche Lenkung des ESM würde durch den ESM-Gouverneursrat erfolgen. SPÖ, ÖVP und Grüne hielten dagegen, dass es sich bei den Unterausschüssen um „übliches Vorgehen“ handle.²⁰ Einige Experten, so Wirtschaftswissenschaftlerin Eva Pichler, warnten, dass der zweite EU-Rettungsschirm Österreich zahlungsunfähig machen könnte.²¹

In der entscheidenden Nationalratssitzung am 4. Juli 2012 verteidigte Bundeskanzler Faymann die Vorlage und zeigte damit, dass nun seine Einstellung zur EU positiver war als die Jahre vorher. FPÖ und BZÖ forderten eine Volksabstimmung. In der Debatte behauptete FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache, dass die Zustimmung zum Euro-Rettungsschirm „einem Verfassungsputsch, einer Abschaffung der Zweiten Republik“ gleichkäme, denn die „Budgethoheit“ des Parlaments würde an die EU delegiert.²² Finanzministerin Fekter erklärte, dass der ESM zur Bewältigung der Schuldenkrise beitragen werde. Dazu komme der Fiskalpakt, der es erlaube, Schuldensünder zu bestrafen und bei ökonomischen Ungleichgewichten einzuschreiten. Bei der Abstimmung im Nationalrat sprachen sich dann die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP sowie die Grünen für den ESM und für die Änderung von Artikel 136 AEUV aus; damit wurde die erforderliche verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit erreicht. Dem Fiskalpakt stimmten hingegen die Grünen nicht zu. Damit gelang es nicht, wie im Fiskalpakt eigentlich erwünscht, die Schuldenbremse in den Verfassungsrang zu heben.²³

Bei einer Meinungsumfrage vom Oktober 2011 sprachen sich nur 24 Prozent der Befragten für den EU-Rettungsschirm aus, 71 Prozent befürchteten Nachteile für Österreich. 27 Prozent glaubten noch an die Rettung des Euro, 43 Prozent nicht mehr.²⁴

Weiterführende Literatur

Gerda Falkner (Hrsg.): *The EU's Decision Traps: Comparing EU Policies*, Oxford University Press, Oxford 2011.

Theo Öhlinger/Michael Potacs: *EU-Recht und staatliches Recht: die Anwendung des Europarechts im innerstaatlichen Bereich*, 4. Auflage, LexisNexis-Verlag, Wien 2011.

Anton Pelinka: *Europa. Ein Plädoyer*, Braumüller, Wien 2011.

Stefan Perner: *EU-Richtlinien und Privatrecht*, Manz, Wien 2012.

Johannes Pollak/Peter Slominski: *Einführung in die EU*, 2. Auflage, WUV/UTB, Wien 2012.

Karl Ucakar/Stefan Gschiegl: *Das politische System Österreichs und die EU*, Facultas, Wien 2012.

20 Regina Pöll, *Parlament: Blau-oranger Eklat um Eurohilfe*, in: *Die Presse*, 15.6.2012

21 „Österreich droht der Konkurs“, in: *Kleine Zeitung*, 20.6.2012, <http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/eu/3046325/oesterreich-droht-konkurs.story>.

22 Thomas Prior, *ESM im Parlament: „Teufelswerk“ und Österreichs Beitrag*, in: *Die Presse*, 5.7.2012.

23 Siehe *Parlamentskorrespondenz* Nr. 587 vom 4.7.2012, http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2012/PK0587/index.shtml.

24 *An der Umfrage nahmen vom 24.-27.10.2012 österreichweit 850 Leute teil; Österreicher lehnen EU-Rettungsschirm ab*, in: *Die Presse*, 27.10.2011.

Polen

Kai-Olaf Lang

Zwischen Herbst 2011 und Spätsommer 2012 agierte Polen an vorderster Front hoch-relevanter europapolitischer Prozesse: Polen übte im zweiten Halbjahr 2011 erstmals den Ratsvorsitz aus; in wichtigen Politikfeldern wie der Energie- und Klimapolitik focht Warschau entschlossen für seine Interessen; bei den Verhandlungen um den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) erwies sich Polen als spiritus movens der Empfängerländer; und angesichts einer sich intensivierenden Kooperation innerhalb der Eurozone profilierte sich das Land als Sachwalter der Einbindung von außenstehenden EU-Mitgliedern. Von innen erhielt die Regierung der rechten Mitte von Donald Tusk hierbei Aufwind: Die Parlamentswahlen vom Oktober 2011 bestätigten die Koalition aus konservativer *Bürgerplattform (PO)* und der zentristischen *Bauernpartei (PSL)*. Ein solides Wachstum (4,3% für 2011) und positive finanzielle Kennzahlen unterstrichen die ausnehmend gute Wirtschaftsentwicklung.

Parlamentswahlen und die zweite Regierung Tusk

Am 9. Oktober 2011 wurden in Polen Parlamentswahlen abgehalten. Diese endeten mit einem klaren Sieg der Bürgerplattform, die mit einem Stimmenanteil von 39% ihre Haupt-rivalin, die konservativ-nationale *Recht und Gerechtigkeit (PiS)* von Ex-Premier Jaroslaw Kaczynski, klar distanzierte (diese kam auf knapp 30% der Stimmen). Am Erfolg der Bürgerplattform hatte niemand gezweifelt, allerdings überraschte der doch beachtliche Abstand. Ursächlich hierfür waren sowohl die Unfähigkeit der PiS, sich neue Wählerschichten zu erschließen, als auch die gekonnte Strategie der PO, die sich wie schon bei den Wahlen von 2007 als moderate Sammel- und Volkspartei der Mitte profilierte. Für die Bürgerplattform hieß dies, dass sie den schon etwas verblassten Kaczynski-Effekt nochmals aktivieren konnte: Die Furcht vor einer Stärkung der PiS mobilisierte zahlreiche PO-Anhänger, aber auch PO-Skeptiker, die jedoch in Tusk und seiner Regierung das kleinere Übel sahen. Tusk hatte überdies die PO noch pluraler werden lassen, als sie ohnehin schon war. Das Ausgreifen nach links und nach rechts wurde etwa durch personalpolitische Entscheidungen sichtbar gemacht: So trat die frühere Wahlkampfmanagerin von Jaroslaw Kaczynski, Joanna Kluzik-Rostkowska (sie war zuvor aus der PiS ausgetreten und hatte eine eigene Partei gegründet), auf den Listen der PO an. Mit Blick auf die Linke, trat Bartosz Arlukowicz, ein einstiger Hoffnungsträger der *Demokratischen Linksallianz (SLD)*, der schon im Frühjahr 2011 zum Staatssekretär in der Kanzlei des Premierministers ernannt worden war, an prominenter Position für die PO an. Überdies hatte Tusk sich seit seiner Amtsübernahme stets weg von Rhetorik und Praxis (wirtschafts-)radikaler Reformen bewegt und versucht, einen pragmatischen Kurs der Modernisierung des Landes umzusetzen.¹

Trotz leichter Verluste gegenüber den vorherigen Wahlen konnte Tusk ohne größere Schwierigkeiten eine Regierung aufstellen, denn auch der Koalitionspartner PSL hatte den Sprung in Sejm und Senat, die beiden Kammern des polnischen Parlaments, geschafft. Selbst

1 Vgl. zur Modernisierung den Grundsatzartikel Tusks: Trzecia fala nowoczesności [Die dritte Welle] der Modernität], in: Gazeta Wyborcza, 19.03.2011.

wenn sich die PSL verweigert hätte, wäre es Tusk vermutlich leicht gefallen, entweder mit den geschwächten Sozialdemokraten von der SLD (nach Verlusten von fünf Prozentpunkten führen sie mit 8,2% der Stimmen ihr schlechtestes Wahlergebnis ein) oder im schlimmsten Fall mit der marktfreundlichen und antikirchlichen *Bewegung Palikot (RP)*, sie erhielt auf Antrieb 10% der Stimmen) ein Bündnis einzugehen. Wahlkampf und Wahlergebnis erwiesen sich insgesamt keineswegs als Komplikation für die zeitgleich laufende Ratspräsidentschaft, sondern stärkten die Regierung und bestätigten nicht zuletzt ihren europapolitischen Kurs.

Die Ratspräsidentschaft – Akzentsetzung im Schatten der Krise

Polens Ratspräsidentschaft war gekennzeichnet vom polnischen Wunsch, einen eigenen Fußabdruck in einigen Politikfeldern zu hinterlassen, von den Erwartungen aus vielen Mitgliedstaaten, die in Polen einen der wenigen gemeinschaftstreuen und starken Akteur sahen, sowie von der weiterhin alles überwölbenden Verschuldungskrise und den Schwierigkeiten der Eurozone. Gleichzeitig war man sich der neuen, recht limitierten Rolle der Präsidentschaft unter den Bedingungen des Lissabon-Vertrags bewusst. Überdies, auch dies war allen Verantwortlich klar, würde man als Nicht-Eurozonen-Staat nur sehr schwer in der Lage sein, an den finanz- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen im Zusammenhang mit der Stabilisierung der Gemeinschaftswährung mitzuwirken. Die gleich zu Beginn des Vorsitzes erfolgende Zurückweisung des polnischen Ansinnens, als Präsidentschaft als ECOFIN-Vorsitz an den Sitzungen der Eurogruppe teilzunehmen, war ein frühes Signal, aus welcher Richtung der Wind wehen würde. Polens Regierung war daher bemüht, die hohen Erwartungen zu dämpfen und eine Art ambitionierten Realismus an den Tag zu legen.

Angesichts der Dynamik von Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschafts- und finanzpolitischen Koordinierung in der Eurozone konzentrierte sich Polen darauf, die Restabilisierung der Währungsunion zu flankieren und gleichzeitig Maßnahmen zur Überwindung wirtschaftlicher Krisenerscheinungen in der gesamten EU voranzubringen. Dabei appellierte Warschau konsequent an die Verantwortung der Euro-Staaten: Sowohl an die der Geber als auch an die der Nehmerländer von Hilfsmaßnahmen. „Solidarität oder Zerfall“, erklärte Polens Finanzminister Rostowski und kritisierte Mitgliedstaaten wie Deutschland, ob des dortigen Egoismus und mangelnder Solidarität, während er die Südländer mahnte, sich nicht gegen Reformnotwendigkeiten zu sträuben.² In der Präsidentschaftspraxis hatte vor allem der Abschluss der Verhandlungen über das Sechserpaket von Vorschriften zur strengeren haushaltspolitischen Überwachung und Sanktionierung von Budgetdefiziten Bedeutung.

Die Sorge um die Wahrung der Gemeinschaftsmethode und der Einheit der europäischen Integration wurde im Lauf der Präsidentschaft zu einem der zentralen Aktionsfelder Warschaus, denn Polen will angesichts einer wachsenden Vertiefung der Eurozone und aufkommender Debatten über ein Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten nicht vom politischen und wirtschaftlichen Gravitationszentrum der Union abgekoppelt werden. Aus der Position eines Pre-Ins, also eines künftigen Eurozonen-Mitglieds, verlangte Polen daher weitgehende Ein- oder zumindest Anbindung an die neuen Strukturen der Governance in der Währungsunion. So erstellte Polen etwa vor dem Dezember-Gipfel 2011, bei dem der von Deutschland und Frankreich lancierte Fiskalpakt angenommen werden sollte, ein informelles Papier mit Vorschlägen zur Inklusion von Nicht-Euro-Staaten. Obwohl der

2 Rostowski: Albo solidarnosc, albo rozpad Europy, Interview mit Finanzminister Jacek Rostowski, in: *Gazeta Wyborcza*, 29.8.2011.

Fiskalpakt aufgrund des britischen Widerstands nicht im Europarecht verankert werden konnte und trotz einer gewissen Unzufriedenheit über die unzureichende Involvierung der Nicht-Euro-Länder, schloss sich Polen (als nicht Euro-Land mit begrenzter Wirkung) der Vereinbarung an.³

Bei der Suche nach Einbindung sah Polen in Deutschland einen Schlüsselpartner. Die Grundsatzrede, die Außenministers Sikorski Anfang November 2011 in Berlin hielt, beinhaltete denn auch eine Art Aufforderung und Angebot an Deutschland: Die Bundesrepublik solle in Eurozone und EU führen, Polen werde deutsche *leadership* unterstützen, im Austausch dafür müsse aber Polens Einbezug in die neuen Entscheidungsmechanismen gewährleistet sein.⁴ Berlin gab sich gegenüber polnischen Involvierungswünschen immer offener als das restriktive Frankreich. Unterstrichen wurde diese Bereitschaft etwa, indem Polens Chefdiplomat als einziger Vertreter Ostmitteleuropas zur „Zukunftsgruppe“ eingeladen wurde, die von seinem deutschen Amtskollegen im Frühjahr 2012 einberufen worden war.

Der mehrjährige Finanzrahmen

Das nahe rückende „Endspiel“ um den neuen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU absorbierte zunehmende Ressourcen der polnischen Europapolitik. Während der Präsidentschaft war Polen daran interessiert, den Prozess voranzubringen, jedoch auf keine vorzeitigen Weichenstellungen hinzuarbeiten, da man als Vorsitz die eigenen Belange nicht hätte entschlossen genug verfolgen können. Polen versuchte daher eher seine „Budgeterzählung“ zu verallgemeinern: Die Kohäsionspolitik, so die Argumentation, sei das beste Instrument der EU für mehr „Investitionen, Wachstum und neue Arbeitsplätze“, ein großzügiger Haushalt sei daher ein ideales Mittel zur Überwindung der Krise.⁵ Das polnische Ministerium für Regionalentwicklung gab eine Studie in Auftrag, die den Nutzen für die alten Mitgliedstaaten aus der Strukturpolitik berechnete und die u.a. zum Schluss kam, dass Deutschland für jeden in die Kohäsionspolitik investierten Euro etwa 1,25 Euro durch Geschäftsaufträge zurückbekomme.⁶ Nach Ende der Präsidentschaft konzentrierten sich Polens Bemühungen darauf, die Gruppe der „Freunde der Kohäsionspolitik“ zu aktivieren sowie Brücken zu anderen Mitgliedstaaten (wie etwa Italien) zu schlagen. In der ab Mitte 2012 einsetzenden heißen Phase der Verhandlungssituation zeigte sich ein manifester Konflikt zwischen Großbritannien, das mit seinem Drängen auf massive Kürzungen Polens Nettosition deutlich gefährdet.

Die Östliche Partnerschaft – Konsolidierung in schwieriger Zeit

Die Fortentwicklung der Östlichen Partnerschaft (ÖP) war ein Kernziel der polnischen Ratspräsidentschaft – als traditioneller Handlungsschwerpunkt des polnischen Außenhandelns nahm sie aber auch nach dem Vorsitz einen hohen Stellenwert in Warschauer Europapolitik ein. Für den Ratsvorsitz war die ÖP ein wenig dankbares Thema. So waren nicht nur die Kompetenzen in diesem Bereich mit dem Lissabon-Vertrag substantiell reduziert, durch Krise und arabischen Frühling war die politische Aufmerksamkeit in der Union

3 Premier Tusk machte vor allem Frankreich für die unzureichenden Einbindungsmöglichkeiten verantwortlich. Die Diskussion mit dem französischen Staatspräsidenten sei teils „recht brutal“ gewesen; Tusk: Kompromis ws. szczytów euro bez pełnej satysfakcji, Meldung der Nachrichtenagentur PAP, 31.1.2012.

4 Mr Radek Sikorski, Minister of Foreign Affairs of the Republic of Poland: „Poland and the future of the European Union“, Speech at the German Council on Foreign Affairs, Berlin 28 November 2011, www.msz.gov.pl.

5 So Polens Europastaatssekretär Piotr Serafin; Polska debata o wzroście polaczona z dyskusja o budzecie UE, Meldung der Nachrichtenagentur PAP, 29.5.2012, www.forsal.pl.

6 Instytut Badan Strukturalnych, Ocena korzyści uzyskiwanych przez państwa UE-15 w wyniku realizacji polityki spójności w krajach Grupy Wyszehradzkiej, Warschau, Dezember 2011, <http://ibs.org.pl/site/upload/publikacje/raport%20ue%2015.pdf>.

von der östlichen Nachbarschaft weggerückt. Vor allem aber erschwerten Reformrückschläge in den Adressatenländern die Weiterentwicklung der ÖP.

„Highlight“ der Präsidentschaft war der zweite Gipfel der EU und der östlichen Anrainer, welcher am 29. und 30. September 2011 in Warschau stattfand. Warschau konnte hierbei eine bessere Präsenz seitens der Mitgliedstaaten als beim Gründungssummit in Prag vorweisen, doch ging vom Gipfel kein starkes politisches Signal aus. Die letztlich verabschiedeten Gemeinsame Erklärung enthielt zwar viel Konkretes, aber z.B. keine von Polen angestrebte Formulierung, die in Richtung Mitgliedschaftsperspektive deuten würde.⁷

Auf bilateraler Ebene ging es Warschau vornehmlich um Fortschritt bei der Aushandlung neuer Vertragsbeziehungen in Form von Assoziierungsabkommen. Hierbei war der Abschluss des Abkommens mit der Ukraine die zentrale Frage. Zwar gelang es in der Zeit der Präsidentschaft, das „Tiefe und umfassende Freihandelsabkommen“ (DCFTA) unter Dach und Fach zu bringen, aufgrund der innenpolitischen Rückschritte in der Ukraine wurde jedoch nur das Ende der Verhandlungen konstatiert. Was die schwächelnde multilaterale Ebene der ÖP angeht, konnte Warschau die sektorale Zusammenarbeit ein wenig aufwerten. Eine echte Innovation war die Idee einer von der EU getragene Demokratiestiftung, eines „European Endowment for Democracy“. Insgesamt erwies sich die ÖP als charakteristisch für die ganze Präsidentschaft: Polen machte so gut wie alles richtig, konnte aber aufgrund ungünstiger Rahmenbedingungen nur wenig erreichen.

Auch nach der Präsidentschaft versuchte Polen, die von ihm mitinitiierte ÖP mit Inhalten zu füllen. Hierbei war der Umgang mit der Ukraine ein vorrangiges Thema. Warschau bemühte sich hierbei stets einer Isolierung Kiews entgegenzuwirken. Als die Inhaftierung der Ex-Ministerpräsidentin Timoschenko und anderer Oppositionspolitiker im Vorfeld der von Polen und der Ukraine organisierten Fussball-Europameisterschaft Boykottforderungen nach sich zog, reagierte Warschau kritisch. Staatspräsident Komorowski nannte derlei Ansinnen „komplett inadäquat“.⁸ Polen blieb daran interessiert, den Assoziierungsprozess mit der Ukraine erfolgreich zu beenden. Dabei wollte man zwar demokratische Mindeststandards geachtet wissen, doch zeigte man sich deutlich flexibler als andere Mitgliedstaaten. So wurde etwa erwogen, das (bereits seit Frühjahr 2012 paraphierte) Abkommen zumindest zu unterzeichnen, um so ein Abdriften der Ukraine in Richtung Russland zu vermeiden.

Fazit

Polens gegenwärtige Position in der EU mutet bei genauem Hinsehen merkwürdig an. Da ist einerseits eine imposante Erfolgsgeschichte: Wirtschaftliche Stabilität, enge Beziehungen zu vielen Mitgliedstaaten einschließlich des deutschen Nachbarn, eine professionell absolvierte Ratspräsidentschaft und ein positives integrationsfreundliches Image haben Polen zu einem der wenigen Aktivposten in der EU gemacht. Andererseits stieß Warschau immer wieder an die Grenzen seiner Gestaltungsfähigkeit: Das Momentum in der Eurozone und Polens unverdrossener, aber nicht immer effektiver Ruf nach Inklusion, die Stagnation in der östlichen Nachbarschaft oder der wachsende Druck in der Klimapolitik (nach polnischen Vetos gegen ambitionierte Klimaschutzziele) haben solche Limitierungen aufgezeigt. Polen wird in der nahen Zukunft genauer als bislang darauf achten, ob und wie sich seine proeuropäische Haltung in Einfluss und Ergebnisse übersetzen lässt.

7 Council of the European Union: Joint Declaration of the Eastern Partnership Summit, Warsaw, 29-30 September 2011, 14983/11, Presse 341.

8 *Bojkot Euro na Ukrainie?* Komorowski: Apele sa kompletnie nieadekwatne do sytuacji, Meldung der Nachrichtenagenturen PAP, IAR, 2.5.2012, www.gazeta.pl.

Portugal

Armando García Schmidt

Die Bewältigung der Staatsschulden- und Wirtschaftskrise beherrschte weiter das öffentliche und politische Leben Portugals sowie das Verhältnis Portugals zu seinen Partnern in der EU. Noch bis in den März 2011 hatte eine sozialistische Minderheitsregierung versucht, aus eigener Kraft eine finanz- und wirtschaftspolitische Wende einzuleiten. Der Versuch scheiterte an der Realität der anhaltenden Wirtschaftsschwäche des Landes und am Diktat der internationalen Finanzmärkte. Im Mai 2011 musste Portugal als drittes Land nach Griechenland und Irland um Unterstützung durch Mittel aus dem ESFS bitten. Seit Juni 2011 arbeitet eine bürgerliche Koalitionsregierung daran, die Reformvorgaben von Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds umzusetzen. Die Konsequenz, mit der die neue portugiesische Regierung unter Pedro Passos Coelho die Haushaltssanierung vorantreibt, wurde im Berichtszeitraum wiederholt von der so genannten Troika gelobt. Die Bevölkerung trägt die Reformen weitestgehend. Eine Rückkehr an die Finanzmärkte im Jahr 2013 bleibt das Ziel. Gleichwohl steht das Land nach wie vor unter Druck. Die Bewertung durch internationale Ratingagenturen erreichte im Berichtszeitraum so genanntes Ramschniveau und die Aussichten auf einen anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung sind nach wie vor ungewiss.

Der ungewollte Sprung unter den Rettungsschirm

So wie andere europäische Regierungen auch hatte die sozialistische Regierung unter José Sócrates angesichts der internationalen Wirtschaftskrise seit Herbst 2008 für eine intensive Ausgabenpolitik optiert. Die Mehrausgaben zur Ankurbelung der Wirtschaft belasteten jedoch den Staatshaushalt, umso mehr, je deutlicher sich abzeichnete, dass eine wirtschaftliche Erholung aufgrund der strukturellen Schwächen der portugiesischen Wirtschaft und der anhaltend schlechten Weltkonjunktur nicht rasch einsetzen würde.

Unter zunehmendem Druck der europäischen Partner und internationaler Ratingagenturen, die die Kreditwürdigkeit Portugals immer weiter herabstufen, leitete José Sócrates, der sich seit Neuwahlen im September 2009 nur noch auf die Minderheit seiner Sozialistischen Partei (Partido Socialista, PS) im Parlament stützen konnte, eine Kehrtwende ein. Der unbedingte Abbau von Defiziten stand nun im Vordergrund. In kurzen Abständen wurden 2010 und 2011 drei umfassende Maßnahmenpakete lanciert, die Staatsausgaben reduzieren und Einnahmen erhöhen sollten. Doch die Hoffnung auf eine Besserung der wirtschaftlichen Lage trog. Und auch die Erwartung, dass die Staatsfinanzen sich dank verstärkter Sparanstrengungen rasch erholen würden, zerschlug sich bereits im Frühjahr 2011. Verschärft wurde die Lage durch stetig steigende Refinanzierungskosten der staatlichen Schuldverschreibungen an den internationalen Märkten angesichts der sukzessiven Rückstufung Portugals durch Ratingagenturen.

Trotz der sich vor allem im Frühjahr 2011 immer weiter verschärfenden Lage weigerte sich die sozialistische Regierung, internationale Hilfen in Anspruch zu nehmen. Dieser Kurs wurde zunächst auch von den beiden bürgerlichen Oppositionsparteien – der Sozial-

demokratischen Partei (Partido Social Democrata, PSD) und der Volkspartei (Centro Democrático e Social – Partido Popular, CDS-PP) – unterstützt. Die informelle große Koalition zerbrach jedoch, als die sozialistische Minderheitsregierung im März 2011 ein viertes großes Paket von Sparmaßnahmen ins Parlament einbrachte. Das Maßnahmenpaket wurde von den Oppositionsparteien abgelehnt. Der Rücktritt der Regierung Sócrates und Neuwahlen wurden damit unausweichlich.

Oppositionsführer Pedro Passos Coelho, Vorsitzender der bürgerlichen Sozialdemokraten des PSD, erklärte das Abstimmungsverhalten seiner Partei damit, dass die neuerlichen Sparvorschläge der sozialistischen Regierung sozial unausgewogen seien. Weitere Beweggründe des PSD zum Sturz der sozialistischen Minderheitsregierung waren der zunehmende Druck der europäischen Partner auch auf die konservative Opposition, eine grundsätzliche Wende einzuleiten und endlich die Hilfe des europäischen Rettungsschirms anzunehmen, was mit José Sócrates als Regierungschef nicht realisierbar war. Groß war die Befürchtung bei den europäischen Partnern vor einer plötzlichen Zahlungsunfähigkeit Portugals und der befürchteten Ansteckung weiterer europäischer Staaten.

Mit einer unerwarteten Dynamik sahen sich die portugiesische und europäische Politik nun jedoch erst recht konfrontiert, wurde doch der Rücktritt der Regierung Sócrates von Ratingagenturen und Finanzmärkten blitzartig mit weiterem Vertrauensverlust quittiert. Herabstufungen in internationalen Bonitätsrankings für Banken und Unternehmen des Landes und für den portugiesischen Staat und damit einhergehend der sprunghafte Anstieg von Zinsen für staatliche Schuldverschreibungen waren die Folge. Die Solvenz des portugiesischen Staates geriet akut in Gefahr. Die für den 5. Juni 2011 angesetzten Neuwahlen konnten nicht abgewartet werden, um die drohende Zahlungsunfähigkeit zu verhindern.

José Sócrates, seit dem 23. März 2011 nur noch geschäftsführend im Amt, und die beiden konservativen Oppositionsparteien PSD und CDS-PP stimmten schließlich gemeinsam den Bedingungen zu, die die europäischen Partner und die Europäische Kommission gemeinsam mit der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds aufgestellt hatten, um Notkredite von 78 Milliarden Euro bereit zu stellen. Die Finanzminister der Euro-Gruppe beschlossen am 16. Mai 2011 das entsprechende Paket, dass Portugal Maßnahmen in drei Bereichen auflegt: Abbau des Budgetdefizits, stimulierende Strukturereformen und Stabilisierung des Bankensektors.

Wahlen in der Krise

Bei den folgenden Parlamentswahlen am 5. Juni 2011 zogen die beiden bürgerlichen Oppositionsparteien die politische Dividende aus der krisenhaften Zuspitzung der Wochen zuvor. Der liberalkonservativen Sozialdemokraten des PSD unter Pedro Passos Coelho gingen als Sieger aus den Wahlen hervor. Mit fast 39% der Stimmen, übertraf der PSD sein Ergebnis von 2009 um mehr als 9%. Der künftige Koalitionspartner, der rechtskonservative CDS-PP, wiederholte mit knapp 12% sein Wahlergebnis von 2009. Die bisher regierenden Sozialisten verloren hingegen 8,5% im Vergleich zu den vorangegangenen Wahlen und mussten sich mit 28% der Stimmen zufrieden geben. Während der alternative Linksblock (Bloco de Esquerda, BE) fast die Hälfte seine Stimmen einbüßte und nur knapp über die 5%-Hürde kam, blieb die gemeinsame Wahlplattform von Kommunisten und Grünen (Ciligação Democrática Unitária, CDU) stabil bei 8%.

Rasch nahm die bürgerliche Koalition von PSD und CDS-PP die Arbeit auf. Der PSD-Vorsitzende Pedro Passos Coelho wurde am 21. Juni 2011 zum Premierminister gewählt. Paulo Portas, Vorsitzender des CDS-PP, bekleidet in der Koalition das Amt des Außenmi-

nisters. José Sócrates erklärte noch am Wahlabend seinen Rücktritt als Generalsekretär des geschlagenen PS. Bei einem Parteikongress am 23. Juli 2011 wurde António José Seguro zu seinem Nachfolger bestimmt.

Die neue Regierung nimmt den Kampf gegen die Krise auf

Die Regierung Passos Coelho hat eine klare Mehrheit im Parlament und wird bei der Umsetzung des Abkommens über die Beihilfen von EU, EZB und IWF auch von der Oppositionsfraktion der Sozialisten unterstützt. Der neue Regierungschef Passos Coelho bekräftigte sofort nach Amtseinführung, sich nicht nur strikt an das mit der so genannten Troika vereinbarte Sanierungs- und Reformprogramm zu halten, sondern sogar darüber hinauszugehen. Erklärtes Ziel der Regierung ist, das Haushaltsdefizit bis 2013 auf 3% zu senken. Der Staat soll sich über die internationalen Finanzmärkte wieder selbst finanzieren können. Hoffnung ist, dass die Wirtschaft dank der staatlichen Strukturreformen bis dahin auf den Wachstumspfad zurückgefunden hat. Den Reform- und Anpassungsbedarf, den das Land zu leisten hat, verglich der neue Regierungschef nach seiner Amtseinführung wiederholt mit den Anstrengungen, die das Land beim Übergang in die Demokratie nach der so genannten Nelkenrevolution von 1974 bewältigen musste.

Die bürgerliche Regierung belegt ihren Sparwillen durch die wiederholte Auflage von Maßnahmenpakten zur Senkung der Staatsausgaben und Erhöhung der Einnahmen. Zum ersten Paket gehörte unter anderem ein neuer Aufschlag auf die Einkommenssteuer. Mittlere und höhere Gehälter im Staatsdienst wurden weiter gekürzt. Um die Defizite der öffentlichen Verkehrsbetriebe zu senken, wurden die Nahverkehrstarife um 15% angehoben. Im staatlichen Gesundheitswesen stiegen die Zuzahlungen der Patienten. Die Mehrwertsteuer auf Strom und Erdgas wurde angehoben. Erfüllt hat die Regierung zudem die Auflage, noch im Jahr 2011 mit der Privatisierung von Staatsvermögen zu beginnen. Sie verkaufte einen Anteil von 20% an dem Versorger EDP an chinesische Investoren. Zudem verabschiedete sie eine Reform zur Flexibilisierung der Arbeitsmärkte. Pläne für eine Verbindung für Hochgeschwindigkeitszüge zwischen Lissabon und Madrid wurden ebenso fallen gelassen wie die Planungen für einen neuen Hauptstadtflughafen.

Ein weiteres Spar- und Sanierungsprogramm wurde im September 2011 von Finanzminister Vítor Gaspar vorgelegt. Dieses sieht Steuererhöhungen für Einkommensstarke und für Unternehmen als vorübergehende Solidaritätszuschläge vor. Weitere Einschnitte betreffen wieder den öffentlichen Dienst mit einer Verringerung der Angestelltegehälter in weiten Bereichen, dem Einfrieren von Gehältern und einem Einstellungsstopp. Hinzu kommt eine weitere Veräußerung von Unternehmen im öffentlichen Besitz. Zum 1. Januar 2012 soll schließlich die Mehrwertsteuer grundsätzlich auf 23% angehoben werden. Die Regierung will auf diese Weise das Haushaltsdefizit noch schneller senken, als dies mit der so genannten Troika vereinbart worden war. Das Defizit soll bis zum Jahr 2015 auf 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zurückgeführt werden.

Ist der richtige Weg aus der Krise gefunden?

Die Pläne und auch die Umsetzung der Pläne wurden im Berichtszeitraum wiederholt von den Experten der so genannten Troika für gut befunden. Die Auszahlung der Hilfsmittel an Portugal ist gesichert und die Regierung in ihrem Handeln bestärkt. Gleichwohl befindet sich Portugal nach wie vor in einer schwierigen Lage, bleibt doch der zur Erholung notwendige konjunkturelle Schub aus. Im Gegenteil: die Sparmaßnahmen senken die gesamt-

wirtschaftliche Nachfrage und lassen die Konjunktur einbrechen. Unternehmen und Privatpersonen verschieben Ausgaben aufgrund der gestiegenen Abgabenlast. So ist der Verkauf von Privatwagen nach Angaben der Bank von Portugal 2011 um 31% eingebrochen. Bereits im Juli 2011 war der private Konsum gegenüber demselben Vorjahresmonat um 3,4% eingebrochen. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen steigt ebenso wie jene der Familien, die ihre Privatkredite nicht mehr bedienen können.

Die Rezession gefährdet die Pläne der Regierung, die Neuverschuldung deutlich zu reduzieren. Für 2011 meldete das nationale Statistikinstitut INE im Februar 2012 ein Schrumpfen des Bruttoinlandsprodukts um 1,5%. Für 2012 wird sogar mit einem Minus von 3% gerechnet. Nur die Ausfuhren, die 2011 um 7,1% gewachsen sind und laut den Prognosen der Zentralbank 2012 noch um 4,1% zulegen werden, sollen verhindern, dass der Rückgang noch drastischer ausfällt. Lohnkürzungen, die Erhöhung der Mehrwertsteuer und eine Arbeitslosenrate von 13,6% hinterlassen Spuren: Die Binnennachfrage wird 2012 voraussichtlich um 6,5% zurückgehen. Nach den harten Rezessionsjahren 2011 und 2012 erwartet die Regierung zwar, dass die Wirtschaft 2013 wieder etwas wächst. Noch bis 2015 hat sie jedoch Arbeitslosenquoten von über 12% einkalkuliert.

Sicher ist, dass die Schwierigkeiten Portugals zum Teil strukturell bedingt sind. Zwischen 2001 und 2010 betrug das durchschnittliche Wirtschaftswachstum nur 0,7%. Zu der Staatsverschuldung von 93% des BIP kam Ende 2010 eine Privatverschuldung von Unternehmen und Haushalten von 260% des BIP hinzu. Das Defizit in der Leistungsbilanz erreichte 8,9% des BIP.

Überschattet werden die Bemühungen der Regierung, die Staatsschulden zurückzuführen auch durch die Unsicherheit, ob das Hilfspaket von 78 Milliarden Euro letztlich reichen wird. Dem Rettungsplan liegt die Annahme zugrunde, dass Staatsunternehmen in den kommenden Jahren von internationalen Kapitalgebern rund 20 Milliarden Euro erhalten werden. Diese Annahme verliert angesichts der Zurückhaltung der Banken bei der Unternehmensfinanzierung und der Schwäche zahlreicher Staatsunternehmen immer weiter an Plausibilität. So sind Spekulationen entstanden, ein zusätzlicher Finanzierungsbedarf von 20 bis 30 Milliarden Euro könne spätestens 2013 offenbar werden.

Sicher ist jedoch, dass sich im Zuge der anhaltenden Rezession soziale Probleme in Portugal verschärfen werden. Zwar zeigen Umfragen, dass immer noch eine Mehrheit der Bevölkerung Einsicht in die Notwendigkeit der Reformen hat. Seit März 2011 bringt die Jugendprotestbewegung „Verlorene Generation“ jedoch immer wieder tausende nicht mehr nur junger Menschen auf die Straße. Drastisch sinkende Geburtenraten und eine in der jüngsten Geschichte des Landes nicht gekannte Auswanderungswelle zeigen zudem, dass sich die Krise weit über den Tag hinaus in das Leben der portugiesischen Gesellschaft prägt. Mit einem sozialen Notprogramm will die Regierung die Auswirkungen der Krise immerhin für die Ärmsten im Land mildern. Es ist nicht auszuschließen, dass das politische System in Portugal weiteren Belastungsproben ausgesetzt sein wird.

Dass der Gründungsort des alten portugiesischen Königreichs Guimarães im Jahr 2012 Kulturhauptstadt Europas ist (gemeinsam mit dem slowenischen Maribor) sollte zumindest erwähnt werden, fällt gegenüber der alles beherrschenden Krise jedoch kaum ins Gewicht.

Weiterführende Literatur

Thomas C. Bruneau, Carlos Jalali, César Colino: Sustainable Governance Indicators 2011. Portugal report (http://www.sgi-network.org/pdf/SGI11_Portugal.pdf).

Rumänien

Anneli Ute Gabanyi

Seit der Mitte des Jahres 2011 bauten sich in Rumänien massive soziale Spannungen auf, die 2012 zu einer schweren politischen Krise führten und das Ansehen des Landes sowie seine Beziehungen zur EU nachhaltig beschädigt haben.

Hoffnung auf eine Aufhebung des EU-Verfahrens und Schengen-Beitritt verfrüht

Dabei hatte es noch zu Jahresbeginn so ausgesehen, als könnte das seit fünf Jahren laufende Kooperations- und Kontrollverfahren nach einer für den Sommer 2012 geplanten Gesamtbewertung für erfolgreich erklärt und beendet werden, vor allem seitdem in dem Land die Kritik gegen das Verfahren zunehmend lauter geworden war. Der Politikwissenschaftler und ehemalige rumänische Chefunterhändler mit der EU Vasile Puscas vertrat sogar die Ansicht, die Anwendung des Verfahrens habe das Gegenteil der angestrebten Wirkung erzielt: Statt die Unabhängigkeit der Justiz zu befördern habe deren Politisierung in Rumänien zugenommen, zugleich sei das Misstrauen der Bevölkerung in die Justiz angestiegen¹. Dass gerade der deutsche Botschafter Andreas von Mettenheim öffentlich „Verständnis für das Argument [äußerte], dass Rumänien nicht allein einem Verfahren unterzogen sein wolle, das in anderen EU-Mitgliedstaaten vielleicht noch nötiger und angebrachter sei“², könnte auf eine veränderte Haltung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem südosteuropäischen Land hindeuten. Die Wende in den bilateralen deutsch-rumänischen Beziehungen hatte sich während eines Staatsbesuchs des rumänischen Staatspräsidenten Traian Basescu in Berlin im November 2011 abgezeichnet. Basescu stellte sich demonstrativ hinter die europäische Sparpolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel und erklärte die Absicht Rumäniens, dem europäischen Fiskalpakt beizutreten und in seiner Verfassung eine Schuldenbremse zu verankern. Auch erklärte der Präsident, sein Land halte an der Absicht fest, im Jahre 2015 dem Euro beizutreten.

Im Gegenzug für die Unterstützung ihrer Europapolitik signalisierte die Kanzlerin die Bereitschaft, Anstrengungen Rumäniens zur Erfüllung der Vorgaben des Kooperations- und Kontrollverfahrens anzuerkennen. Auch verlieh die Kanzlerin ihrer Hoffnung Ausdruck, dass der gemeinsam von Deutschland und Frankreich vorgeschlagene Zwei-Stufen-Plan zum Beitritt Rumäniens (und Bulgariens) zur Schengenzone bald zur Integration des Landes führen könnte. Die mitgereisten Vertreter der deutschen Minderheit in Rumänien hatten den Wunsch der rumänischen Regierung nach einem raschen Beitritt zum Schengenraum nachhaltig unterstützt. In Berlin zeigte man zudem Interesse an der Privatisierung einiger rumänischer Schlüsselbetriebe, die im Zuge der dort mit dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der EU-Kommission vereinbarten Strukturreformen ansteht.

Die abzusehende Beendigung des Kooperations- und Kontrollverfahrens hätte den Weg für Beitritt Rumäniens zum Schengenraum freigemacht, da mehrere EU-Mitgliedsländer

1 Fostul negociator al României cu Uniunea Europeană, profesorul Vasile Puscas, ziarulfaclia.ro vom 21.07.2012.

2 Deutscher Botschafter von Mettenheim: Kooperations- und Kontrollmechanismus der EU für rumänische Justiz weiterhin unerlässlich, punkto.ru vom 04.05.2012.

die Ansicht vertreten hatten, dass ein Schengenbeitritt des Landes erst möglich sei, wenn ihm im Rahmen des Kooperations- und Kontrollverfahrens eine nachhaltige und unumkehrbare Entwicklung in Richtung Rechtsstaat bescheinigt würde. Im April 2012 deutete EU-Ratspräsident jedoch an, dass sich mit Ausnahme der Niederlande alle EU-Staaten auf einen von Deutschland und Frankreich eingebrachten Vorschlag im Rahmen des Zwei-Stufen-Modells geeinigt hätten. Rumänien, so Herman Van Rompuy in einer Rede vor dem rumänischen Parlament, habe sämtliche Schengen-Kriterien erfüllt³. Er zeigte sich optimistisch, dass die EU bereits im September 2012 beschließen könnte, auf Grenzkontrollen im Luftverkehr mit Rumänien und Bulgarien zu verzichten und zu einem späteren Zeitpunkt auch die Kontrollen zu Land und zu Wasser aufzuheben⁴.

Soziale Proteste verursachen Regierungswechsel und Popularitätsschwund Basescus

Obwohl sich die wirtschaftlichen Perspektiven des Landes nach dem krisenbedingten Einbruch im Jahre 2009 wieder aufzuhellen begannen – nach einem negativen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 13,5 % im Jahre 2009 und 1,6 % im Jahre 2010 schrieb Rumänien 2011 mit +2,5% wieder schwarze Zahlen – verschärften sich die Folgen der kompromisslosen, von der liberaldemokratischen Regierung von Premierminister Emil Boc umgesetzten Austeritätspolitik für die Bevölkerung. Die Einführung einer neuen Arbeitsgesetzgebung, die eingeleitete Privatisierung des Gesundheitswesens und die Maßnahmen zur Beschneidung des Wohlfahrtsstaates schürten die Unzufriedenheit der von Massenentlassungen und Steuererhöhungen geplagten Bevölkerung. Die Tatsache, dass sich der Staatspräsident persönlich zum Wortführer der neoliberalen Austeritätsmaßnahmen der Regierung gemacht hatte, führte dazu, dass er – wohl nicht ganz zu Unrecht – von der Bevölkerung auch als deren Urheber angesehen wurde.

Drei Jahre lang hatte die Bevölkerung die Austeritätspolitik als Folge der Wirtschaftskrise geduldig ertragen, im Januar 2012 entlud sich der Volkszorn bei spontanen Demonstrationen in Bukarest und einigen Provinzstädten. Unter dem Druck der Straße sowie auf Drängen einflussreicher Politiker aus den eigenen Reihen trat der liberaldemokratische Premierminister Boc mit seiner gesamten Regierung zurück. Daraufhin forderte der Präsident seinen langjährigen Protégé Mihai Razvan Ungureanu, der zuletzt Chef des Auslandsgeheimdienstes war, auf, eine neue Regierung zu bilden. Dies gelang Ungureanu zwar, doch bereits am 27. April 2012 scheiterte Ungureanus Kabinett an einem Misstrauensantrag der Opposition. Daraufhin ernannte Staatspräsident Traian Basescu den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei (Partidul Social Democrat, PSD) Victor Ponta zum Ministerpräsidenten einer neuen, aus der PSD, der Nationalliberalen Partei (Partidul Naional Liberal, PNL) und der Konservativen Partei (Partidul Conservator, PC) gebildeten Regierung der Sozialliberalen Union (Uniunea Social Liberala USL). Doch statt zusammenzuarbeiten bekämpften Regierung und Präsident einander. Diese neue Regierung verfolgte von Anfang an ein vorrangiges Ziel – die Absetzung Traian Basescus. Der Erdrutschsieg der USL bei den Kommunalwahlen am 10. Juni 2012 und die für sie günstigen Prognosen der Umfrageinstitute bestärkten sie in dieser Absicht. Kaum im Amt trafen die Regierung und das von der USL dominierte Parlament eine Reihe von politischen und gesetzgeberischen Maßnahmen, die eine schwere politische Krise auslösten. Am 6. Juli verfügten die Mitglieder der beiden Häuser des Parlaments die Absetzung des Präsidenten. 256 Abgeordnete

3 EU-Ratspräsident Van Rompuy: Rumänien hat alle Schengen-Kriterien erfüllt, punkto.ro vom 25.04.2012.

4 Schengen-Beitritt Bulgariens und Rumäniens rückt näher, Die Presse, 26.04.2012.